

Das "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntage und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Erwerbende bezogen für Österreich und Dänemark 15,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Preis für Belgien, Frankreich, Holland, Italien, Norwegen, Schweden, Dänemark 20,- M. Bestellungen, Anzeigen und Werbung: Berlin S. O. Berlin Straße 8-9.

Die wichtigsten Anzeigenpreise über deren ... 1.- M. einschließlich ... 2.- M., jedes weitere ... 1,50 M., einschließlich ... 1,30 M., netto pro Zeile ... 1,00 M., jedes weitere Wort 1.- M. Gesamtpreis: Zentrum 2020, 2645, 4510 4603, 4635, 4642, 4822.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Urwahlen

Berlin

1. Distrikt: 174 für, 230 gegen.
2. Distrikt: 245 bzw. 286.
3. Distrikt: 455 bzw. 562.
4. Distrikt: 1905 bzw. 1071.
5. Distrikt: 325 bzw. 559.
6. Distrikt: 1001 bzw. 667.
7. Distrikt: 574 bzw. 1016.
8. Distrikt: 893 bzw. 470.
9. Distrikt: 584 bzw. 667.
10. Distrikt: 602 bzw. 564.
11. Distrikt: 745 bzw. 1017.
12. Distrikt: 1493 bzw. 1190.
13. Distrikt: 244 bzw. 267.
14. Distrikt: 982 bzw. 810.
15. Distrikt: 851 bzw. 864.
16. Distrikt: 1050 bzw. 1084.
17. Distrikt: 1433 bzw. 1161.

Gesamtergebnis ohne 8. Distrikt 13849 Stimmen für, 12505 gegen die Bedingungen.

Teltow-Beeskow-Charlottenburg

- Charlottenburg: 874 für 731 gegen.
 Neutölln: 2381 bzw. 2270.
 Schöneberg-Friedenau: 792 bzw. 857.
 Niederhönneweide: 67 bzw. 80.
 Dahlem: 11 bzw. 12.
 Marienselde: 30 bzw. 46.
 Mariendorf: 131 bzw. 178.
 Tomawes: 353 bzw. 271.
 Tempelhof: 192 bzw. 133.
 Köpenick: 320 bzw. 240.
 Steglitz: 157 für, 298 gegen.
 Nichtenrade: 37 bzw. 19.
 Riederlehme: 8 bzw. 12.
 Teltow: 58 bzw. 87.
 Wannsee: 34 bzw. 48.
 Niederhönneweide: 67 bzw. 80.
 Sudow: 5 bzw. 25.
 Zehlendorf: 55 bzw. 61.
 Hohen: — bzw. 11.
 Königswusterhausen: 21 bzw. 37.
 Trebbin: 17 bzw. 14.

Potsdam 4

- Richtenberg: 1124 für 1012 gegen.
 Karlsruh: 80 bzw. 53.
 Reinickendorf-West: 375 bzw. 285.
 Spandau: 197 bzw. 230.
 Potsdam: 82 bzw. 164.
 Staaken: 59 bzw. 14.
 Ludenwalde: 124 bzw. 225.
 Schönefeld: — bzw. 24.
 Pantow: 561 für, 369 gegen.
 Reinickendorf-West: 374 bzw. 285.
 Wittenau: 124 bzw. 38.
 Bernau: 54 bzw. 88.
 Reinickendorf-Ost: 762 bzw. 335.
 Hohenneudorf: 103 bzw. 22.
 Friedrichsfelde: 208 bzw. 55.
 Karlsruh: 50 bzw. 53.
 Etzkau: 133 bzw. 44.
 Friedrichsberg: 264 bzw. 74.
 Obershönneweide: 204 bzw. 154.
 Erkner: 27 bzw. 5.
 Bruchmühle: 19 bzw. 9.

- Bollersdorf: 23 bzw. 8.
 Gellersdorf: 20 bzw. 2.
 Rheinsberg: 68 bzw. 5.
 Perleberg: 19 bzw. 28.
 Belten: 63 bzw. 74.
 Jüterbog: 14 bzw. 28.
 Beelitz: 22 bzw. 38.

Vorläufiges Ergebnis in Magdeburg (Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Magdeburg, 4. Oktober.
Vorläufiges Ergebnis der Abstimmung in Magdeburg-Stadt: Die Liste der Gegner der Bedingungen erhielt 601, die Befürworter 655 Stimmen. Es haben von 5100 nur 1258 Mitglieder ihre Wahlrecht ausgeübt.

In Bremen nur Gegner der Bedingungen gewählt

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)
Bei der gestrigen Urwahl wurden in Bremen 5 Gegner der Bedingungen gewählt. Die Anhänger der Bedingungen erhielten 455 Stimmen und kein Mandat, die Gegner erhielten 394 Stimmen und fünf Mandate.

Die Abstimmung der USP. Leipzigs (Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Die gestrige Urabstimmung hat bis jetzt folgende Teilergebnisse ergeben: 11 876 Stimmen gegen 7789 für die Wostauer Bedingungen. Es stehen noch verschiedene Bezirke aus, das Verhältnis dürfte sich aber nicht mehr viel ändern.

Die Abstimmung des Bezirks Plauen

Folgendes Teilergebnis: 362 Stimmen für, 1119 gegen die Bedingungen; davon entfallen auf Stadt Plauen: 294 Stimmen für, 614 gegen die Bedingungen.
 Rimmitschan: 15 Stimmen für, 180 gegen die Bedingungen.
 Zwissau: 21 Stimmen für, 159 gegen die Bedingungen.
 Rodewitz: 32 Stimmen für, 67 gegen die Bedingungen.
 Auerbach: — Stimmen für, 99 gegen die Bedingungen.

Schwache Beteiligung in Frankfurt a. M.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)
Frankfurt a. M., 4. Oktober.
Für die Bedingungen wurden 1109, dagegen 1024 Stimmen abgegeben. Von etwa 10 000 Mitgliedern haben sich nur wenig über 2000 an der Urwahl beteiligt.

Vorläufiges Ergebnis in Mannheim (Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“)

Mannheim, 4. Oktober.
Die Abstimmung dürfte etwa 700 Stimmen für und 500 gegen die Bedingungen ergeben. Ein genaues Ergebnis liegt noch nicht vor.

Der Betriebsrätekongress

Nach langem Zögern hat sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund der Betriebsrätefrage zugewandt. Dem unumgänglichen und darum völlig verpufften Beschluß von Nürnberg, der durchaus ein Beschluß gegen die Betriebsräte war, folgte eine Pause der Untätigkeit, in der es schien, als ginge die von der gesamten Arbeiter- und Angestellten-Schaft als brennend empfundene Frage der Organisation der Betriebsräte die Spitze der zahlenmäßig mächtigsten Arbeiterorganisation in Deutschland nichts an. Ein selbstames Benehmen, aus dem nur geschlossen werden kann, daß dem Bundesvorstand der Blick für die Notwendigkeiten der Zeit völlig fehlt. Ein schwerer Fehler, der die Unklarheit über die Betriebsrätefrage endlos steigerte, weil die zur Führung berufene Stelle verlagte. Das Zögern des Bundes übertrug sich auf die breiten Schichten der Arbeiter, die ihre Parole immer noch nur von den Gewerkschaften erwarten. So wirkte der Bund hemmend, statt fördernd. Kein Wunder daher, daß andere Arbeitergruppen, besonders die Anhänger unserer Partei, die die hohe Bedeutung der Betriebsräte und ihrer Organisation für die Arbeiterklasse erkannt und in der Frage bereits eine feste Stellung gefunden hatten — kein Wunder, daß sie, die ohnehin der Taktik des Bundes kritisch gegenüberstanden, in der Betriebsrätefrage den Gewerkschaftsbund mit schärfstem Mißtrauen verfolgten.

Und weiter verfolgt werden. Der Bundesvorstand dürfte sich darüber klar sein, daß seine ersten Schritte, die Herausgabe der neuen Richtlinien für die Organisation der Betriebsräte und die Berufung des Kongresses, beides in Gemeinschaft mit der Afa durchgeführt, Mißtrauen und Mißmut der Arbeiter-Schaft nicht überwinden haben. Sollte ihm diese Einsicht noch fehlen, so wird sie ihm, vermuten wir, auf dem Kongress beigebracht werden. Auch diesen ersten Schritten hasten die Merkmale des zögernden, halb unwilligen Auftretens an. Wer aber zu entscheidender Stunde in entscheidender Frage unentschlossen zögert, muß vorgezogen werden.

Wir wollen nicht lange untersuchen, welche Kräfte und Umstände dem Bundesvorstand sein erstes merkbares Vorgehen auf diesem neuen Boden abgerungen haben, wollen aber auch nicht verschweigen, daß der Einfluß der Afa und die revolutionäre Umwälzung im Deutschen Metallarbeiterverband zu den treibenden Faktoren gehören dürften, neben dem Drängen der Arbeitergruppen, die, wenn auch nicht immer mit den klügsten Mitteln, so doch mit frischem Temperament, aus eigenem zur Organisation der Räte schritten. Insofern erscheint uns das Bündnis der Afa mit dem Gewerkschaftsbund, das wir auch sonst begrüßen, als ein glückliches Verhältnis, und dieses Birken des Metallarbeiterverbandes zeigt, daß die hier in einer taktisch klugen, die Einheit der Bewegung wahren Form durchgeführte Revolutionierung der Gewerkschaften allmählich fruchtbar wird.

Es wird die Aufgabe des Kongresses sein, den Anfang, den er selber darstellt, fortzuführen und für die Organisation und Arbeit der Betriebsräte eine feste, für alle brauchbare Basis zu finden. Das bedeutet, daß Gesinnung und Wille des Kongresses sehr weit abseits liegen müssen von den Tendenzen, die bei den Bundeshäuptern noch immer vorherrschend sind.

Diese Gesinnungsrichtung wird mehr als man glaubt wieder gespiegelt von der Tendenz des Betriebsrätegesetzes. Gewiß haben die Gewerkschaftsführer dieses und jenes an dem Gesetz auszusehen. Aber die allgemeine Tendenz des Gesetzes, die dem Betriebsrat in allen Dingen, die das Arbeitsverhältnis nicht direkt betreffen, das Betriebsinteresse als Richtschnur seines Handelns vorschreibt, genügt ihnen durchaus. Daher ihr Zögern in der Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte. Sie glauben, daß die Existenz der Gewerkschaften in ihrer hergebrachten Form mit ihren üblichen, in ihrer Lohnpolitik begründeten Arbeitsmethoden als Bindemittel für die einzelnen Betriebsräte ausreicht. Trifft das für die Angelegenheiten des Arbeitsverhältnisses im engeren Sinne auch zu, so genügt diese Verbindung nicht für die Erfüllung der allgemein wirtschaftlichen Aufgaben, die wir den Betriebsräten stellen müssen, wenn sie als Organe zur Durchführung einer kollektiven Wirtschaftsverfassung und des Kampfes für sie überhaupt einen Sinn haben sollen. Für diesen Zweck müssen sich die Betriebsräte ihre Organe selber wählen. Hier entscheidet für den Sozialisten nicht das Interesse des einzelnen Betriebes, nicht der „Betriebsgewerkschaft“ im Sinne des Gesetzes, sondern die Forderung der Arbeiter-Schaft als kämpfende Klasse und ihr Interesse als die wichtigste produzierende und konsumierende Schicht. Körperschaften müssen entstehen, die durch die Beratungen und Handlungen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit wachrufen und der Öffentlichkeit zeigen, daß diese Arbeit der Betriebsräte nicht dem Betriebsegoismus dient, nicht Interessentenpolitik, sondern sozialistische Arbeit am Gemeinwohl ist. Nur so können die Betriebsräte dazu beitragen, daß die Arbeiterklasse den Platz im Leben der Gesellschaft und den Einfluß auf die Gestaltung der Wirtschaft erlangt, der ihrer Be-

Die englische Grubenarbeiterbewegung

Paris, 3. Oktober.

Nach einer Londoner Meldung des „Journal“ sollen in Schottland bereits mehr als zehntausend Bergarbeiter die Arbeit verlassen haben. Smillie, der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft, sei zurückgetreten; obwohl der Sekretär der Gewerkschaft die Nachricht dementierte, sei der Abgang Smillies durchaus wahrscheinlich.
 Wir geben diese Meldung mit starkem Vorbehalt wieder. Der Streikausbruch ist wiederum verschoben worden, die Verhandlungen gehen weiter und es ist eigentlich kein neuer Grund für einen Jurücktritt Smillies gegeben. Bei der ruhigen Ueberlegenheit dieses englischen Gewerkschaftsführers ist ohne zwingende Notwendigkeiten mit einem solchen Schritt nicht zu rechnen.

Die neuen Abmachungen

M. London, 4. Oktober.

Die Krise in der englischen Steinkohlenindustrie scheint jetzt überwunden zu sein. In einer Versammlung unter dem Vor-

sitz des Arbeitsministers Horne formulierten der Vertreter der Grubenarbeiter zusammen mit der Abordnung der Bergwerksbesitzer die Punkte, über welche jetzt die Abstimmung der Gewerkschaften stattfinden wird. Man ist allgemein der Ansicht, daß die Vorschläge der Bergwerksbesitzer nach den jüngsten Abänderungen sofort von den Arbeitern genehmigt werden. Das letzte Zugeständnis besteht darin, daß die Lohnhöhung um einen Schilling bereits zur Auszahlung kommen wird, sobald eine Erzeugung von 240 Millionen Tonnen erreicht ist. Bisher war eine Erzeugung von 242 Millionen Tonnen festgesetzt. Da die Grundlage von 240 Millionen Tonnen bereits erreicht ist, wird die erste Lohnhöhung schon vom 1. Oktober ab zur Zahlung gelangen. Man glaubt, daß der Vorschlag der Arbeiter den Rat erteilen wird, diese Vorschläge sofort anzunehmen.

Französisches Dementi

M. Paris, 4. Oktober.

Die französische Regierung dementiert die aus Russland nach London gelangten Meldungen, daß die französische Mittelmeer-Flotte nach dem Schwarzen Meer abgegangen sein sollte, um Odeffa zu besetzen.

deutung als Träger der Produktion entspricht. Das geht aber nicht, wenn der Betriebsrat an seinem Betrieb, an seiner Branche steht. Es ist nur möglich, wenn das Schwere der Arbeit in Körperlichkeiten verlegt wird, aber dem Berufs- und Betriebsinteresse stehen, die ihrer ganz an Anlage nach geeignet und ihrer Berufung nach verpflichtet sind, nach sozialistischen Grundsätzen das Gemeininteresse an der Arbeit als tragenden gesellschaftlichen Faktor zu pflegen. Eine Organisation der gesellschaftlichen Arbeit zu bilden, das ist der letzte Zweck der Organisation der Betriebsräte.

Das bedingt nicht die Loslösung der Betriebsräte von den Gewerkschaften, aber es erfordert die Bildung solcher Organisationen und Körperschaften, deren Sinnen und Trachten ganz eingestellt ist auf dieses Ziel und nicht belastet ist mit den Ablenkungen der gewerkschaftlichen Tagesarbeit.

Wir haben das mehrfach dargestellt, aber wir glauben, daß dieser Hinweis auf das Wesen der Betriebsrätebewegung nicht oft und nicht laut genug wiederholt werden kann. Der Betriebsratkongress ist die Gelegenheit, um das mit besonderem Nachdruck zu sagen. Und allen, die mit uns einer Meinung sind, muß er die Gelegenheit sein, um dieser Bestimmung und Zweckbestimmung Geltung zu verschaffen. Nicht in kleinem Organisationsgeiz, sondern im Streben nach einer großen gemeinsamen Linie der Orientierung, die für den Aufbau wie für die innere Arbeit der Betriebsratorganisationen entscheidend ist. Sie erscheint uns wichtiger als die Form der Organisation. Findet der Kongress diese Linie nicht, so hat er seine Aufgabe nicht voll erfüllt. Die angeführten Gesichtspunkte müssen maßgebend werden für jede Kleinarbeit und für die Forderungen der Betriebsräte.

Nehmen wir, als Beispiel, die Frage der Entlassungen und Einstellungen. Das Gesetz gibt den Betriebsräten hierin kein Recht des Einspruchs und der Mitbestimmung. Wie notwendig aber wäre ein solches Recht gerade jetzt, da die Not der Wirtschaftskrise von den Unternehmern benutzt wird, um Organe des Profitgeizismus zu feiern, indem sie nach Belieben die Betriebe öffnen oder sperren, Hunderttausende arbeitslos machen und damit das Wirtschaftsleben der Gefahr des absoluten Verfalls aussetzen. Die Produktion darf keine Angelegenheit heuchlerischer Profitgeier mehr sein. Sie ist in allen Einzelheiten eine Angelegenheit der Gesamtheit. Darum ist eine scharfe Kontrolle der Produktion nötig, und die Ma hat eben, rechtzeitig zum Kongress, die Angestellten aufgerufen, diese Kontrolle zu üben. Mag der Kongress die Parole aufnehmen. Zur Kontrolle der Produktion aber gehört innig das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen. Auch das Arbeitsverhältnis kann nicht mehr sein ein Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer, so daß dessen Ende dieser, als der stärkere Vertragskontrahent, über Art und Dauer des Verhältnisses entscheidet. Es muß sich gestalten zu einem Verhältnis zwischen Arbeiterkategorie und Gesamtheit, wobei der Unternehmer nur als Mittelsmann erscheint, dessen Handlungen von den Organen der Gesamtheit streng zu überwachen sind. Solche Organe aber müssen die Betriebsräte sein, jene Betriebsräte, deren Wesen wir zu kennzeichnen versuchten. Somit ist dem Betriebsratkongress auch das Arbeitslosenproblem gestellt.

Die wirtschaftliche Klein herrschaft der Unternehmer, die durch das Betriebsratengesetz nicht einmal berührt, geschweige denn gebrochen ist, wird zu einer Gefahr für Gesellschaft und Wirtschaft. Die Führer und Führer werden den Ansprüchen des Unternehmertums bedrohen die Wirtschaft und das Leben der arbeitenden Schichten mit dem Ruin. Mag der Betriebsratkongress klar und unerschrocken diesen Ansprüchen die Forderungen der Arbeiter und Angestellten entgegen setzen und den ersten Schritt tun zu ihrer Verwirklichung, indem er die Bewegung erfüllt mit dem Geiste des revolutionären Sozialismus.

Parlamentarische Auflösung in Spanien. Der König hat das Defekt zur Auflösung des Parlaments unterzeichnet. Die Wahlen werden im Dezember stattfinden. Die Kammer werde Anfang Januar 1921 einberufen werden.

Protestkundgebung der Beamten

Der Deutsche Beamtenbund hatte zum Sonntag drei große Protestversammlungen veranstaltet, die sich gegen die von der Regierung betriebene wirtschaftliche Niederhaltung der Beamten richtete. Die „Spichernsäle“, die Säle der „Vod-brauererei“, die großen Säle des Kriegervereinshauses waren bis auf den letzten Platz überfüllt, so daß Tausende Beamte keinen Einlaß fanden.

Im großen Festsaal des „Kriegervereinshauses“ sprach der Direktor des Beamtenbundes, Herr Remmel, und Herr Kusch von der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner. In großen Zügen schilderten die Redner die wirtschaftliche und politische Niederhaltung des Beamtenstandes durch die Reichs-, Staats- und Kommunalverwaltungen. In einer Besprechung der Beamtenorganisationen mit dem preussischen Finanzminister Lüdemann habe dieser erklärt, daß sich die Beamten auf eine allgemeine Verschlechterung der Lebenshaltung einrichten müssen. Auf Befragen habe Lüdemann erklärt, daß das Finanzministerium der Entlohnung der Staatsarbeiter gegenüber eine Haltung einnehmen würde, die im Interesse des Staatswohls liege. Der Redner zog daraus den Schluß, daß die Beamtenstandes von den Behörden als Stand zweiter Güte behandelt werden. Die Beamten protestieren dagegen mit aller Schärfe, sie verlangen die Gleichstellung mit der gesamten Arbeiter- und Angestelltenkategorie. Es sei deshalb Pflicht der Beamten, sich von ihren alten Traditionen frei zu machen und mit der gesamten Arbeiter- und Angestelltenkategorie eine geschlossene Front herzustellen. Ohne Debatte wurde nachfolgende Entschließung in allen Versammlungen einstimmig angenommen:

Die am Sonntag, den 3. Oktober, in Berlin im 1. Kriegervereinshaus, Chausseest. 94, zu tausenden erschienenen Mitglieder des Deutschen Beamtenbundes erklären, daß ihre wirtschaftliche Lage völlig unhaltbar geworden ist.

Sie fordern den beschleunigten Abbau der Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Wo zur Durchführung dieses wirtschaftlichen Programms ist der Feuerungsanschlag, insbesondere für die niederen Gehaltsstufen, ausreichend zu erhöhen.

Die Versammlung bedauert die wiederum versuchte Verzögerung der an sich notwendigen Reformen zur Gesundung der Reichsfinanzen mit den zur Existenzhaltung bedingten Forderungen der Beamten und legt Verwahrung ein gegen die von den Regierungsvertretern geübte Verhandlungsmethode gegenüber den Beamtenvertretern in der Frage des Beamtenrätengesetzes.

Die Versammlung fordert die geschickten Rätepersönlichkeiten, auf ungenügende die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den vollständigen wirtschaftlichen Zusammenbruch der Beamtenkategorie zu verhindern.

Im Hinblick auf das unterschiedliche Vorgehen von Reich, Ländern und Gemeinden in Beamtenfragen und den immer deutlicher zu Tage tretenden Mangel einer aktiven Beamtenpolitik verlangt die Versammlung, daß die Reichszentrale für Beamtenfragen endlich in Wiesbaden tritt.

Der Lohn des Eibbrechers

III. Berlin, 3. Oktober.

Oberst Jeschke v. Ledebur, früher Kommandeur des Reichswehr-Infanterieregiments 18, ist unter Verletzung des Charakters als Generalmajor nunmehr aus dem aktiven Militärdienst ausgeschieden. Wie die „Telegraphen-Union“ erzählt, erfolgte die Verabschiedung lediglich auf Grund der großen Verzögerung der Armeee, die bis zum 1. Oktober d. J. durchgeführt sein mußte. Die seiner Zeit gegen den Obersten Jehu von Ledebur anlässlich der Märzvorfälle erhobenen Anschuldigungen waren Gegenstand der Untersuchung beim Reichsgericht und haben sich als völlig haltlos erwiesen.

Dieser Ledebur, der in den Kapplagen in Hamburg und dann in Mecklenburg die aktive Rolle der Militärrückwärtigen spielte, der zynisch erklärte, daß er bereit sei, jeden Eid, den er am 7. Uhr geschworen, um 8 Uhr zu brechen, erhält in der demokratischen Republik die verdiente Belohnung, indem er vom Oberst zum Generalmajor aufrückt. Das Wertvollste dieser Nachricht ist aber die Bemerkung, daß die anlässlich der Märztage gegen Ledebur erhobenen Anschuldigungen sich bei der Untersuchung durch das

Reichsgericht als völlig haltlos erwiesen haben. Das gibt einen tiefen Einblick in die Art und Weise, wie diese Untersuchung geführt worden ist. Wenn aber die Kapitalisten des Kapplagesonder Schuld und Fehler erklärt werden, braucht man sich nicht zu wundern, daß auch die Untersuchung gegen alle die anderen Offiziere und Beamten ergebnislos gemessen ist.

Das ist also übrig geblieben von dem mit soviel Tam-tam und mit so viel echt bürgerlich-demokratischer Empörung in der Nationalversammlung in Szene geleiteten Verfolgungsfeldzug gegen die kapitalistischen Hochverräter. Wir waren uns keinen Augenblick im Zweifel, daß die bürgerliche Gerichtsbarkeit den bürgerlichen Revolutionären kein Haar krümmen werde, denn ihre Handlungen galten ja der Herrschaft des Bürgertums über das Proletariat. Selbst der heute herrschenden Rechtsprechung, die aufs schärfste die strenge Klassencheidung, die das Volk spaltet, ausdrückt, ist eine wirkliche Gerechtigkeit jedem politischen Verbrechen gegenüber nicht zu erwarten. Dafür bilden die Urteile der letzten zwei Jahre gegen Revolutionäre und Reaktionäre einen lebendigen Beweis.

Ein schüchtern Anfang

London, 2. Oktober.

Am 18. Januar d. J., dem Tage des Inkrafttretens des Völkerbundes, hatte die englische Regierung dem Sekretariat des Völkerbundes 16 internationale Verträge zur Registrierung und Veröffentlichung zugehen lassen.

Sech Czuzon stellt nunmehr dem Völkerbunde mit, daß die englische Regierung kürzlich alle von ihr angenommenen internationalen Verträge dem Völkerbunde unterbreiten werde.

Der Völkerbund war bis jetzt noch nicht mehr als ein leeres Deklarationsstück. Wenn man der Mitteilung der englischen Regierung Glauben schenken kann, so würde hiermit wenigstens eine der Funktionen des Völkerbundes verwirklicht, wobei man allerdings noch keineswegs sicher ist, wieviel Staaten sich dem Beispiel Englands anschließen werden. Soweit die Praxis der Diplomatie der kapitalistischen Staaten bekannt ist, würde auch die Unterbreitung der internationalen Verträge dem Völkerbunde gegenüber die politische Öffentlichkeit nicht vor der Möglichkeit bewahren, eines schönen Tages durch gefährliche Geheimverträge überrascht zu werden.

Es sei nur an das kürzlich abgeschlossene belgisch-französische Militärabkommen erinnert, das in der Form des Geheimvertrages abgeschlossen wurde. Frankreich als einer der Hauptträger des Versailleser Vertrags hätte am ersten Ursache, dessen Bestimmungen zu erfüllen. Dasselbe Frankreich, dessen ganze Politik nur von der Durchführung des Versailleser Vertrages beherrscht wird, umgeht die Satzungen des Völkerbundes, die einen hervorragenden Teil des Friedensvertrages ausmachen. Im Artikel 18 des Friedensvertrages heißt es, daß alle Verträge der internationalen Vereinbarungen, die in Zukunft von einem Bundesmitglied geschlossen werden, unverzüglich von dem Sekretariat des Völkerbundes einzutragen und so bald als möglich zu veröffentlichen sind und daß kein solcher Vertrag verbindlich ist, bevor die Eintragung erfolgt ist.

Die Völkerbundakte werden nicht mehr als ein schönes Dokument bleiben, so lange militärische und imperialistische Tendenzen die Weltpolitik hervorragend beherrschen. Eine wirkliche internationale Politik, die sich auf dem uneingeschränkten Recht und der Anerkennung aller Nationen und Völker aufbaut, ist nur denkbar unter dem Zeichen des Sozialismus, der erst die Vorbedingungen für eine solche Politik schafft.

Stillstand in der englischen Baumwollindustrie

London, 4. Oktober. (Nach d. Holl. Nieuwsb.)

In der Baumwollindustrie des Manchester-Bezirks wurde beschlossen, künftig zwei Tage in der Woche wegen Stillstandes in der Industrie zu feiern. Die Arbeiter verlangen, daß nur an einem Tage gefeiert werden sollte, aber die Arbeitgeber werden wahrscheinlich trotzdem ihren Beschluß aufrecht erhalten.

Die Ablieferung der deutschen Schiffe. Die letzten deutschen Schiffe, und zwar die „Lübeck“, „Stettin“, „Danzig“, „Augsburg“ und „München“ sind in Firth of Forth abgeliefert worden.

Der „Daily Herald“ in Indien verboten. Nach einer Meldung aus Simla ist der sozialistische „Daily Herald“ in Indien verboten worden.

Mehr Luft!

Von Dr. med. Paul Bergmann.

Wenn der Staat die Steuerherrschaft anzieht, kommt es wohl vor, daß der Unmut eines erbitterten Gemüts in die Worte ausbricht: „Es ist nur gut, daß uns wenigstens die Luft zum Atmen nicht befeuert werden kann!“ Aber dieses Wort enthält einen falschen Trost; denn in Wirklichkeit ist die Luft keineswegs der erste, sondern auch die letzte, wenn auch in verhältnißmäßig geringer Menge, die in unserer Wohnungsmitte zum Ausbruch kommt. Nur wer kein Döbbaß bezahlt und unter solem Himmel arbeitet, der allein kann von sich behaupten, daß er die Luft kostenfrei genießt. Sobald wir sie jedoch nicht ausschließlich im Freien vergehen, sondern in geschlossenen Räumen wohnen, schlafen oder arbeiten, so müssen wir die dort eingeatmete Luft in Form der Wohnungs- oder Werkstattmiete mitbezahlen.

Nach auf diesem Gebiet zeigt sich offensichtlich, wie unsere Wirtschaftsordnung die wirtschaftlich Schwächsten Schultern am schwersten belastet; denn Millionär und Arbeiter am gleichen Wohnort bezahlen ihre Luft aus der gleichen Atmosphäre, und dennoch ist in den engen dämpfigen Arbeiterquartieren die Luft, auf den Kubikmeter berechnet, erheblich teurer als in den geräumigen Zimmern der Begüterten.

Sie ist übrigens am liebsten da, wo sie rein und frisch zu haben ist, nämlich auf dem flachen Lande, während sie in den Ballungsräumen mit ihrer gesundheitsschädlichen Atmosphäre am teuersten bezahlt werden muß. In dieser einen Tatsache spiegelt sich der ganze Widerspruch unseres Wirtschaftssystems, und sie hängt damit zusammen, daß in den Großstädten sich die Menschen am dichtesten zusammenhäufen und daher dort die Luft durch ihren gesteigerten Verbrauch verunreinigt. Schon vor 30 Jahren, als die großstädtische Bevölkerung noch lange nicht so dicht zusammengepackt wohnte wie heute, ergab die Volkszählung, daß im Deutschen Reich durchschnittlich 91 Personen auf dem Quadratmeter wohnen, während in Berlin auf den gleichen Flächeninhalt nicht weniger als 2500 Personen kamen! Augleich zeigte sich, daß in Berlin wie in allen großen Industriezentren die Arbeiter für ihre Wohnung und somit für den in ihr enthaltenen Luftraum verhältnißmäßig den höchsten Preis zu zahlen haben. Diese Verwertung der Luft könnte noch hingehen, wenn sie den Proletarier nur wirtschaftlich belastete, aber es ist leider nicht zweifelhaft, daß sie auch für die Gesundheit des Volkes die verhängnisvollsten Folgen hat.

Die Luft gehört nämlich, wenn wir sie auch nicht wie unsere Hühner oder feste Kost auf dem Teller vor uns sehen, zu unserem täglichen Brot, und man kann sogar mit vollem Recht behaupten, daß sie unter allen Nahrungsmitteln das unentbehrlichste ist. Denn die Hungerlängler Succi, Tanner und Andere haben uns durch ihre Verläufe am eigenen Leibe gezeigt, daß der Mensch bei gänzlicher Arbeitsruhe sich der sicheren Nahrung tags- und nachts ohne dringende Lebensgefahr zu enthalten vermag, die Luft hingegen kann unser Körper nicht einige Minuten entbehren, ohne dem sicheren Tode zu verfallen.

Die Luft, die wir mit jedem Atemzuge in unsere Lungen und durch diese in unser Blut einführen, enthält als ihren eigentlich nährenden Bestandteil den Sauerstoff. Diesen hat sein Entdecker, Priestley, mit Recht das *radium vitae*, das Lebensfutter, genannt. Wir sprechen von der Lebensflamme und streuen uns des Lebens, solange noch kein „Lämpchen glüht“. Diese Redewendungen sind mehr als bloß ein poetisches Bild, sie sind eine naturwissenschaftliche Wahrheit. Denn unser Leben, als bloße Naturerscheinung betrachtet, besteht einfach darin, daß im Inneren unseres Körpers, nämlich in seinen Gewebszellen, die in unserer äußeren Luft enthaltenen Kohlenstoffe verbrannt und dadurch in Blutwärme, Spannkraft und neues Körpergewebe umgewandelt werden.

Der Sauerstoffreichtum der Luft wird nun aber durch nichts so sehr beeinträchtigt, als durch unsere eigene Atmungsaktivität. Diese besteht bekanntlich darin, daß wir mit jeder Einatmung aus der Luft Sauerstoff in unsere Lungen einziehen und zur chemischen Verbrennung im Körperinneren benutzen, ihn dann aber nicht, wie den auch eingeatmeten Stickstoff, unverändert zurückgeben, sondern es ist vielmehr giftige Kohlenäure, die wir an Stelle des verbrauchten Sauerstoffs an die Luft abgeben. Jeder atmende Mensch trägt also dazu bei, daß die Luft in seiner Umgebung an Sauerstoff verarmt und sich in steigendem Maße durch Vermengung von Kohlenäure verunreinigt, und so ist es denn ohne weiteres verständlich, daß ein Raum, der von einer so großen Anzahl Menschen geteilt wird oder, wie die Hygieniker sagen, überfüllt ist, sich allmählich mit verdorbener und atmungsunwürdiger Luft anfüllt.

Es ist unabweislich, daß die Bewohner eines solchen Raumes an ihrem Wohlbefinden schweren Schaden leiden. Der erfahrene Arzt erkennt sie auf den ersten Blick an ihrer schlaffen Gesichtsfarbe, an ihrer schlaffen Körperhaltung und ihrer weissen Haut. Mit diesen äußeren Anzeichen von gestörter Gesundheit geht aber eine unauffällige Verschlechterung des Blutes einher. Dieses verarmt immer mehr an lebenspendendem Sauerstoff, den es doch nötig hat, um alle Gewebe und Organe unseres Körpers ausreichend zu ernähren und frisch zu erhalten. Ein Mensch, dessen Körper ein schlechtemischtes Blut durchströmt, kann seine Gesundheit auf die Dauer nicht bewahren. Seine Widerstandsfähigkeit gegen krankmachende Einflüsse aller Art vermindert sich, und ganz besonders ist er der Gefahr ausgesetzt, daß der Tuberkulobakterium, der Erreger der Lungenschwindsucht, sich in seinem Körper ansiedeln und auszubreiten vermag; denn für diesen mit Recht so gefährlichsten Krankheitserreger ist sauerstoffreiches Blut den ärgsten Nährboden. Diese allgemeine Erfahrung stimmt ganz überein mit der statistisch erwiesenen Tatsache, daß dem Würgengel der Tuberkulose am zahlreichsten die Schneider, Heilbader, Bäcker und Köpfer zum Opfer fallen, weil diese Arbeiter ihre Tätigkeit vorzugsweise in einer geschlossenen und daher oft verunreinigten Luft ausüben.

Die Schwindsucht ist wohl die verheerendste, aber keineswegs die einzige Krankheit, die aus dem Wohnungsstand emporkommt. Im giftigen Brodem der überfüllten Arbeits-, Wohn- und Schlaf-

räume wird vielmehr auch zur Nervenschwäche, zu Hautleiden, Licht-, Rheumatismus und zahlreichen anderen Krankheitsformen der Grund gelegt. Am schwersten aber trägt sich der Luftmangel an den Kindern. Ihr zarter und noch entwicklungsbedürftiger Organismus kann die stetige Zufuhr von frischer, sauerstoffreicher Luft noch viel weniger entbehren als der Erwachsene.

Ein Kind, das in verdorbener Luft aufwächst, ist stets von Magen- und Darmstörungen, von Strophulose, englischer Krankheit sowie zahlreichen anderen Gesundheitsgefahren bedroht, und kann vor ihnen selbst durch die reichlichste Nahrung nicht geschützt werden. Denn das Kind lebt ebenso wie der Erwachsene nicht von dem, was es isst, sondern von dem, was es verdaut, und gerade die für die Gesundheit grundlegende Verdauungstätigkeit wird durch den Mangel der Luft an Sauerstoff aufs schwerste beeinträchtigt. Professor Rietschel, der Vorsteher der Kinderklinik an der Universität Würzburg, hat über den Brechdurchfall, durch den jährlich viele Tausende von proletarischen Säuglingen weggerafft werden, eine Schrift verfaßt, und er bezeichnet in ihr die Bekämpfung dieser Seuche nicht als eine Ernährungsfrage, sondern mit allem Nachdruck als ein Wohnungsproblem.

Die wissenschaftliche Hygiene verlangt für jeden Erwachsenen einen Luftraum von mindestens 15 Kubikmetern, und selbst dieser genügt ihr nur dann, wenn durch mechanische Ventilationsvorrichtungen für ausreichende Erneuerung der Luft Sorge getragen wird. Wie weit aber sind die Wohn- und Schlafräume der arbeitenden Bevölkerung von dieser Forderung der Wissenschaft entfernt!

Die gleichen Wohnungsverhältnisse wie in Berlin haben wir in allen großen Industriezentren, und in den Kleinstädten sowie auf dem Lande sind sie für den Proletarier trotz der geringeren Mietpreise auch nicht wesentlich besser. Ihre Beseitigung ist das wichtigste Erfordernis zur körperlichen und geistigen Erziehung des Volkes, aber ein gründlicher Wandel auf diesem Gebiet ist nicht von Wohnungsämtern, auch nicht von der Baupolizei, überhaupt nicht von einer Politik der kleinen Mittel zu erwarten, sondern ist allein zu erreichen durch die gesetzliche Ausrottung jeder Möglichkeit zu Bodenwucher und Grundstückspekulation.

Goethe hat uns vom Lustholen ein liebes Sprüchlein gesagt. Es lautet:

Im Atemholen sind zweierlei Gnaden:
Die Luft einholen, sich ihrer entladen;
Du danke Gott, wenn er dich preßt
Und dank ihm, wenn er dich wieder entläßt.

Wenn man diesen Spruch aus dem Religiösen ins Sozialpolitische überträgt, so wird das Lustholen für den Proletarier zu einer symbolischen Aufforderung nicht sowohl zu danken, sondern vielmehr zu denken, und zwar bei jeder Einatmung zu denken an den Druck durch den luftvergiftenden Kapitalismus und bei jeder Ausatmung an seine Überwindung durch das klassenbewußte Proletariat.

Die Stellung der Organisationen

Parteitag in Württemberg

Stuttgart, 3. Oktober.

Auf der Landesversammlung der U. S. P. Württembergs, die Sonntag und Montag in Cannstadt stattfand, wurde die Spaltung der Partei vollzogen. Nach stürmischer Debatte über den schließlich angenommenen Antrag der Anhänger der Moskauer Bedingungen, den Landesvorstand neu zu wählen, verließen etwa 70 Delegierte den Verhandlungssaal, während die Anhänger Moskaus, 170 Delegierte, weiterblieben. Während Stöcker über die dritte Internationale referierte, schlug ein Versuch, Crispian, der mit der Minderheit gegangen war, zur Eskalation seines Referates zu bewegen, fehl. Die Minderheit sagte in einem anderen Lokal und erließ eine Kundgebung, in der sie sich als die rechtmäßige U. S. P. Württembergs erklärte, und dem bisherigen Landesvorstand das Vertrauen ausspricht.

Magdeburg-Anhalt

Auf dem Bezirks-Parteitag in Magdeburg-Anhalt, der am 2. und 3. Oktober in Magdeburg stattfand, referierte Genosse Dittmann gegen, Genossin Geier für die Anschlussbedingungen. Mit 43 gegen 41 Stimmen wurde eine Resolution gegen die 21 Aufnahmebedingungen angenommen. In ihrem Schlusswort wandte sich Genossin Geier gegen die Verleumdungen der Gegenseite zu unterstellen, sie kämpften um ihre „materiellen Positionen“, worauf Genosse Dittmann in seinem Schlusswort feststellte, daß sie damit Däumling besaßen und ihm eine klärende Ohrfeige verleihe. Kennzeichnend für den Geist der Moskauer Konferenz war eine Episode am Schluss der Konferenz, Genosse Kasten-Schneid stellte fest, daß ihm ein Delegierter eines Ortes an der Bode fischen gedroht habe, wenn er in den betreffenden Ort komme, würde er in die Bode geworfen. Derselbe Delegierte wiederholte dann dieselben Drohungen auch gegen den Genossen Bod-Magdeburg. So verständig hat bereits die Parole Stöcker und Genossen gewirkt, daß auch gegen die eigenen Parteigenossen Terrorismus geübt werden müsse.

Zeitz

Auf der Kreisversammlung in Zeitz sprach Dümell als Referent für die Genossin Toni Sender als Korreferentin gegen die Anschlussbedingungen. Bei der Abstimmung stimmten 73 Delegierte gegen, 49 für den Anschluss zu den vorliegenden Bedingungen.

Paulsdorf bei Leipzig

Der Ortsverein Paulsdorf bei Leipzig nahm nach Referat und Korreferat und nach einer ausgedehnten Debatte mit großer Mehrheit eine Resolution an, die sich gegen die Annahme der Moskauer Bedingungen ausspricht.

Meuselwitz

In einer Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe wurden nach dem Referat der Genossen Fritsch-Dresden und Stern-Leipzig die Moskauer Bedingungen mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Cüstrin

Die am Freitag, den 1. Oktober, im Schützenhaus tagende Versammlung erklärte sich nach eingehender Diskussion gegen die Annahme der 21 Punkte. Eine dahingehende Resolution fand lebhaften Beifall. Vier Stimmen waren für unbedingte Annahme.

Breslau

In zwei Versammlungen, die am Sonntag vormittag und Montag abend stattfanden, nahm die Mitgliedschaft der Breslauer U. S. P. Stellung zu den Anschlussbedingungen an die kommunistische Internationale. Mit überwältigender Mehrheit stellte sich die Versammlung auf den Boden der folgenden Resolution:

Die am 26. und 27. September 1920 bei Bräner tagende außerordentliche Mitgliederversammlung der U. S. P. Breslau erklärt, daß zur Eroberung und Erhaltung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse eine stark organisierte, disziplinierte internationale Organisation notwendig ist. Sie sieht in den 21 Punkten der Moskauer Internationale die Lehren, die aus den bisherigen bitteren Erfahrungen der proletarischen Revolution gezogen werden müssen und die in ihrer Gesamtheit die Gewähr dafür bieten, daß die 3. Internationale im Gegensatz zur 2. Internationale die Organisation der Tat sein wird. Sie stellt sich voll und ganz auf den Boden aller 21 Punkte und fordert vom Parteitag das freudige Bekenntnis zur 3. Internationale.

Volksbühne

Zum ersten Mal: Schillers „Kabale und Liebe“. Dies ehemals revolutionäre Stück wirkt noch immer hinreichend in seinen realistischen Aufstößen, in der Rinkenführung, in aufreizenden politischen Klängen. Der 2. Akt verlagert nicht einmal in der hingeherrten, nächsten Aufführung am Bülowplatz, wo Wirkungen in Einzelheiten zerflattern; die Arbeit (Johannes Claudius) ist gewiß sorgsam, aber aller Fleiß schafft keinen genialen Drang. Die brennende Dialektik Schillers wird beschwichtigt, vielleicht fürchtete man das Theater. Der Rahmen (H. Strobbach) war puritanisch einsach, das ist erfreulich, aber darüber fehlte den Rabinetten der Labn jeder Reiz. Die Luise der Charlotte Schulz durchschlugt den langen Abend, müht sich krampfhaft, nicht konventionell zu bleiben, wirkt noch am stärksten in wehrlosen Lagen, dann liegt das Weib aus ihr, und sie ist mehr als „interessant“. Friede (Herdinand) war am Abend das stärkste Stück Natur und wirkte in Augenblenden der Erkenntnis am ehesten. Stahl (Präsident): mehr Kellergeneral als höherer Charakter. Fadauf (Wurm) markiert einen langweiligen Hindemägen ohne Abnung vom satirischen Gehalt der Rolle. Sachs (Kath): eher Postfakt als Postmann, aber glücklicherweise ohne Uebertreibungen. Herzfeld, trefflich in seiner Art, und Mary Dietrich, kaum in Stimmung, spielte die Wiffoch lustlos.

Die „Große Volkssperre“ eröffnet am 8. Oktober ihre für diesen Winter vorgesehenen zusätzlichen Darbietungen mit dem ersten Konzert des Julius in der Neuen Welt, der Richard Wagner gewidmet ist. Karten für Antrittskarten des Unternehmens zu ermäßigten Preisen werden noch im Bureau bei Kroll ausgegeben.

Im großen Schauspielhaus wird eine der nächsten Arbeiten Georg Kailers Dichtung „Europa“ sein, die die griechische Sage von der Entführung der Europa durch Zeus behandelt. Ellen Weg, deren Ballett den choreographischen Teil ausführt, leitet die Tänze.

Keines Schauspielhaus. Für die Aufführungen von Schopenhers „Kindertragedie“ am Donnerstag sind Hans Thibing vom Burgtheater und Hedwig Keller vom Deutschen Volkstheater in Wien verpflichtet worden.

„Beethovenorchester“. Es ist von Musikern des deutschen Musikerverbandes in Berlin ein neues Orchester, das „Beethovenorchester“ gebildet worden, das im Osten und Norden Berlin Symphoniekonzerte zu billigen Preisen veranstalten wird. Als Kapellmeister wurde gewählt Dr. Max Burghardt.

Die Volkshochschule Groß-Berlin hat mit dem Verkauf der Eintrittskarten für die am 13. d. Mts. beginnende Lehrperiode begonnen. Es werden diesmal auch in Neukölln und Wilmersdorf, Ober- und Niederschöneweide, Weihenau und Tegeler Kurse abgehalten. Arbeitspläne und Karten, die nur in beschränkter Zahl ausgegeben werden, sind an den Arbeitsstätten, im Gewerkschaftshaus (Engelauer 15), sowie in der Buchhandlung der „Freiheit“ (Vrelte Str. 8-9) zu haben.

Kreisversammlung Oberfranken

Die Kreisversammlung hat am Sonntag in Hof zu den Anschlussbedingungen Stellung genommen. Nach einem Referat des Genossen Herz-Berlin und einem Korreferat des Genossen Rechner-Wunsiedel, der an Stelle des ausgebliebenen Korreferenten einsprang, und nach ausführlicher Diskussion wurden die Bedingungen mit 70 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Einige Delegierte, die die Bedingungen ebenfalls ablehnten, hatten bei der Abstimmung die Konferenz bereits verlassen.

Gautag der Pfalz

St. Neustadt a. S., 2. Oktober.

Der pfälzische Gautag der U. S. P. sprach sich mit 41 gegen 30 Stimmen, unter Annahme der 21 Bedingungen für den sofortigen Anschluss an die dritte (Moskauer) Internationale aus. Die durch den „Generalsekretär der Weltrevolution“ gestellten Aufnahmebedingungen seien nicht das Produkt einer distanzlästernden Autokratie, sondern das Resultat der Erfahrungen aus der russischen, ungarischen und deutschen Revolution und einzig und allein aus den Interessen der Weltrevolution geboren.

Ronneburg

Der Ortsverein Ronneburg nahm einstimmig folgende Resolution an: Die Mitgliederversammlung der U. S. P. Ronneburg gibt ihrer brüderlichen Sympathie und Solidarität für das russische revolutionäre Proletariat Ausdruck und gelobt, auch weiterhin alles zu tun zur Unterstützung der russischen Revolution. In den Bedingungen, die der Moskauer Kongress für den Eintritt in die 3. Internationale aufgestellt hat, kann die Versammlung jedoch nicht die geeignete Grundlage für die Schaffung einer allionischen Internationale erblicken und lehnt dieselbe deshalb ab. Die Parteilinie wird erlärnt, eine Aenderung der Bedingungen in dem Sinne zu erlöben, daß die wirtschaftliche und politische Eigenart jedes Landes und die Selbständigkeit jeder Partei voll gewahrt bleiben.

Aus den Berliner Parteioptionen

Zegel

In der Mitgliederversammlung am 24. September ergab die Abstimmung 400 Stimmen für und 11 gegen die Bedingungen. In Waldmannsruh-Sternsdorf ergab die Abstimmung 180 für, 12 dagegen. In beiden Versammlungen wurde auch eine Resolution gegen die Schreibweise der „Freiheit“ angenommen, da sie verächtlich hat, aber in Russland die nötige Klärung zu geben und ihre politische Haltung unentschieden ist.

Die Resolution, eingebracht von dem früheren Mitglied der kommunistischen Partei, Einkeim, ist durchaus originell. Während bisher der Redaktion der „Freiheit“ der Vorwurf gemacht wurde, sie sei zu entschieden in der Vertretung ihrer Anschauungen und sie habe zu viel Aufklärung über Russland verbreitet, dienen jetzt die entgegengesetzten Behauptungen als Ansatz zu dem Misstrauensvotum gegen sie. Das ist nicht verwunderlich, da bei dem inkonsequenten Misstrauensvotum gegen uns überall das Prinzip verfolgt wird, die Redaktion der „Freiheit“ zu verurteilen, ohne sie zu hören. Gewiß eine ganz „objektive“ Methode.

Treptow-Baumjulenweg

In der vorigen Woche fand eine bei 1250 Mitgliedern von circa 350 Mitgliedern besetzte Versammlung statt, die nach einem Referat und Korreferat und kurzer Diskussion mit 203 gegen 122 Stimmen folgende Resolution annahm:

Die Mitglieder-Versammlung hält angesichts der weltpolitischen Lage den schnellsten Anschluss an die dritte Internationale für dringend notwendig. Die unüberbrückbaren Gegensätze der führenden Mächte drängen zu einer reinlichen Scheidung der Geister. Der Ortsverein Treptow-Baumjulenweg erweist daher dem kommenden Parteitag den geschlossenen Eintritt in die dritte Internationale.

Orleans

Paris, 2. Oktober.

In der heutigen Vormittagsitzung des Gewerkschaftskongresses in Orleans wurde bestimmt, daß Rey und Herzheim im Namen der Mehrheit sprechen sollen und Frossard und Bour im Namen der Minderheit. Rey verwarf die Internationale von Moskau, welche gegen die gewerkschaftliche Autonomie sei. Frossard dagegen trat für den Anschluss an die dritte Internationale ein und verbreitete sich über die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den politischen Parteien. Auch er sei der Ansicht, daß die gewerkschaftliche Autonomie für Frankreich unerlässlich sei. Er trat aber für eine Gleichstellung mit der politischen Partei ein. Die beiden Kräfte, die politischen und gewerkschaftlichen, dürften sich nicht bekämpfen. Sie mühten gemeinsam vorgehen. Merheim, der Gewerkschaftssekretär der Metallarbeiter, verwarf die Diktatur, die in Russland herrscht.

Gestern abend wurde in der Schlussitzung mit 1478 gegen 602 Stimmen die Tagesordnung der Mehrheit, also der gemäßigten Elemente angenommen. Für eine Tagesordnung Verdier stimmten 42 Mitglieder, 83 enthielten sich der Abstimmung. In dieser Tagesordnung kam der Standpunkt der äußersten Linken des Kongresses zum Ausdruck. In der Tagesordnung der Minderheit wird erklärt, daß man sich vollkommen auf den Boden der in Lyon im vorigen Jahre angenommenen Resolution stellt und ohne Vorbehalt den revolutionären Endzweck befolgt. Die Resolution spricht sich ferner für die Nationalisierung der wissenschaftlichen Industrien und Austauschmittel aus und bekennt sich zur gewerkschaftlichen Internationale. Sie begrüßt auch das internationale Arbeitsamt, dessen grundlegendes Verdienst es sein könne, auch in den Kolonien und in den kleineren Staaten den Arbeiterkampf einzuführen. Die Entschliebung tritt ferner für eine gerechte Verteilung der Rohstoffe ein und verzichtet schließlich die Politik der französischen Regierung, die ein Instrument der Weltreaktion sei. Endlich wird die vollkommene Solidarität mit dem revolutionären Russland ausgesprochen.

Anschluß an Moskau

Orleans, 3. Oktober. (Havas.)

Die Minderheit der französischen C. G. T. hat in einer besonderen Sitzung beschlossen, ein revolutionäres Komitee zu bilden und der dritten Moskauer Internationale beizutreten, ohne jedoch die Selbständigkeit der französischen Gewerkschaftsbewegung aufzugeben.

Enver Pascha und Moskau

III. Zürich, 4. Oktober.

Wie aus Batou gemeldet wird, beehrte Enver Pascha auf dem Kongress der 3. Internationale der Völker in Batou seine Übereinstimmung mit den Ansichten der 3. Internationale und erklärte im Namen der Organisationen von Marokko, Algerien, Tunis, Tripolis, Ägypten, Arabien und Indien, deren Vertreter er sei, den Beitritt zur 3. Internationale.

Der russische Vormarsch

Nowo Grodek genom...eu

III. Warschau, 3. Oktober.

Amlicher Heeresbericht vom 2. Oktober. Im die Reste der Sowjettruppen, die nach den letzten Kämpfen fliehen, völlig zu zerstreuen, überschritten unsere Verfolgungsabteilungen den Fluss Serweca. Dabei wurde Nowo Grodek genommen. Südlich der Pripyet-Sumpfe wurde die weitere Verfolgung des

zurückweichenden Feindes nur noch mit Kavallerie unternommen. In der verflochtenen Woche wurde der Feind, der bei Bialystok, Brest Litowsk, Zamosz und Lemberg die Offensive wieder ergreifen wollte, mit schweren Verlusten an Toten, Verwundeten, Gefangenen und Kriegsmaterial weitere 100-150 Kilometer zurückgeworfen. 16 Sowjetdivisionen wurden ganz oder teilweise zerstreut. Die Städte der 3. u. 4. Sowjetarmee und der Sowjetdivisionen 21, 41, 55 und 57, sowie mehrere Brigaden, Regiments und Bataillionsstärke gerieten in unsere Hand. Die während des letzten Teiles unserer Offensive festgestellte Beute beträgt 42000 Gefangene, 160 Geschütze, 950 Maschinengewehre, 18 Panzerautos 7 Panzerzüge, 24 Flugzeuge, 2540 Waggons, 10 Lokomotiven und reiches Kriegsmaterial. Diese große Menge von Material ist ein sicheres Zeichen der beabsichtigten großen feindlichen Offensive.

Die ungarischen Königsmacher

II. Budapest, 4. Oktober.

Gestern abend konstituierte sich die Partei des unabhängigen nationalen Königtums. Es wurde eine vorläufige Sitzung, bestehend aus dem Kultusminister Stephan Haller als Präsidenten, Feldmarschall Baron Mesa Lufasies und dem Staatssekretär Julius Polak, gewählt. Es wurde beschlossen, einen Aufruf an die Nation zu richten, in welchem die Idee eines unabhängigen nationalen Königtums propagiert wird. Ferner wurde der Beschluss gefasst, in der Königsfrage vorläufig keine let persönlliche Anregung zu geben.

Gewerkschaftliches

Achtung! Reichsbetriebsrätekongress!

Alle Delegierten der U. S. P. Montag, den 4. Oktober nachmittags 4 Uhr, Konferenz im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15. Der Fraktionsvorstand, Stöcker.

Ausperrung der Versicherungsangestellten

Die in passiver Resistenz stehenden Angestellten der „Victoria“ erließen heute morgen rechtzeitig zum Dienst, fanden sich jedoch ausgesperrt. Sie begaben sich in großem Zuge zur Heidenheide, wo sie in der „Neuen Welt“ eine Versammlung abhielten. Eine Resolution wurde gefasst, in der die Angestellten geloben, im Kampfe auszuharren.

Bund der Arbeiter-Musikvereine

Wir machen hiermit bekannt, daß Anfragen an uns, betreffs Musikaufführungen, Tanzmusik usw. zwecklos sind. Wir sind nicht dazu da, um den Berufsmusikern Konkurrenz zu machen und dadurch die Arbeitslosigkeit der Musiker zu vergrößern. Wir bitten daher die Vereine, von weiteren Anfragen an uns abzulassen und weisen darauf hin, zu ihren Veranstaltungen nur Berufs Musiker in Anspruch zu nehmen. In die Disziplinanten-Vereinigungen richten wir aber den Vorwurf: Laßt Eure Finger davon, von diesem schmutzigen, nebenberuflichen Musikmachen. Ihr nehmt den Berufs Musikern das Brot weg und macht Euch mitschuldig an dem Elend der Musiker. Wir Disziplinanten wollen doch nur aus Liebe zur Musik musizieren und um unser Können den Mitmenschen zu zeigen, bedarf es keiner geschäftlichen Vorleise. Wollt Ihr, Genossen, Instrumentalmusik pflegen, dann kommt zu uns und meldet diese Musikvereine, welche abseits der Arbeiterbewegung stehen oder die Musik als schmutziges Nebengewerbe ausüben. Verschleßt sich niemand dem Spieß, den wir an Euch richten und tretet jeder in die Reihe mit dem Bewußtsein, an dem Aufbau einer mühe- und anerkennenden Sache mitgeholfen zu haben.

Der Bund der Arbeiter-Musikvereine steht auf dem Boden der revolutionären Arbeiterbewegung. Er ist eine Vereinigung von Freunden zur Pflege und Förderung der Musik in Arbeiterkreisen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch Herausgabe einer Musikzeitung und Bundesnoten, durch Einrichtung von gemeinschaftlichen Übungsstunden. Noch zwei Richtungen wird sich unsere Tätigkeit zu entfalten haben; einerseits sind die Ansmüche, die unserer Sache und dem Ansehen der Arbeiter-Musikvereine schaden könnten, zu beseitigen, andererseits ist dafür Sorge zu tragen, daß in allen Vereinen die Instrumentalmusik gepflegt und auf richtiger Grundlage gearbeitet wird. Jeder Arbeiter-Musikverein möge bedenken, daß nur durch den Zusammenschluß das Ziel, welches jeden ernsthaft arbeitenden Verein im hohen Maße erstrebenswert sein muß, zu erreichen ist. Darum rufen wir den Blas- und Streichorchester, Mandolin- und Gitarren-, Zithern- und Bandionvereinigungen zu: Hinein in den Bund der Arbeiter-Musikvereine.

Anfragen und Beitrittsmeldungen sind zu richten an den Bundesführer Robert Neiger, Berlin O 31, Graubener Straße 9, vorn 1 Treppe. Bund der Arbeiter-Musikvereine.

Mois Staudinger 7, Vorsitzender des Zentralverbandes der Steinbrücker Deutschlands, ist am 2. Oktober, nachmittags 3 Uhr nach längerem Leiden in Leipzig gestorben. Geboren am 11. Mai 1876 zu Netten in Niederhavern, erreichte er nur ein Alter von 44 Jahren. Die Steinbrückerorganisation erleidet durch den Tod ihres begabten Führers einen empfindlichen Verlust. Erster Vorsitzender des Verbandes war der Reichsbote seit April 1919, nachdem er 17 Jahre Redakteur des „Steinbrücker“, und hat in dieser Zeit wegen altn energischer Interessenvertretung seiner Berufskollegen die Bekanntheit mit dem Gefängnis zweimal machen müssen. In Wort und Schrift hat Staudinger seiner Berufsorganisation große Dienste geleistet.

Die Lichtener Betriebsräte, Arbeiter, Angestellten werden auf die sozialwissenschaftliche Vortragsreihe der Volkshochschule Berlin-Lichtenberg (17. Verwaltungsbezirk) hingewiesen. Dr. Rehrleke behandelt das Thema: Möglichkeiten und Methoden der Sozialisierung im Cecilien-Angebot, Rathausstr. 8, in acht Vorlesungen. Erster Abend Sonnabend, 16. Oktober, 8 Uhr, Hörsaal 6 M. Dr. Stille spricht über Wirtschaftswissenschaft. Der ungenügende Erklärungsbeitrag über Zweck und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft, dem neun weitere Vorträge folgen findet am Freitag, 15. Oktober, abends 8 Uhr im Reform-Realgymnasium, Barockstr. Hörsaal 7, 750 M. Tagesfragen der Wirtschaftspolitik bilden den Inhalt der Vorträge Dr. Biernick im Kant-Realgymnasium, Karlsdorf, Tresowallee. Erster Vortragsabend Freitag, 15. Oktober, 8 Uhr, dann jeden folgenden Freitag bis zum 17. Dezember 1920 (Vorträge), Hörsaal 7, 750 M. Anmeldungen in der Geschäftsstelle der Volkshochschule, Rathausstr. 10, Parade 2, Zimmer 21 und beim Hausmeister des Kant-Realgymnasiums, Karlsdorf, Tresowallee.

Groß-Berlin

Gesundheits- und Erziehungslehre

In vier Vortragsgruppen wird dieses wichtige Gebiet auf der Volkshochschule Berlin-Lichtenberg (Verwaltungsbezirk 17) behandelt. Ueber das Thema Sexualhygiene hält Dr. med. Sprinz fünf Vorträge, beginnend am Freitag, 15. Oktober abends 8 Uhr, im Kant-Realgymnasium, Karlsdorf, Tresowallee. Sexuelle Auffklärung und Erziehung, Sexualhygiene des Kindesalters, der Entwicklungsphase, der Erwachsenen und die Heiltsfrage sind die einzelnen Abhandlungen, in denen der Vortrag geleitet ist. Hörsaal 7, 750 M.

